

Beilage zu Nummer 11 der Volksstimme.

Freitag den 14. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 14. Januar 1916.

Das unvernünftige Publikum.

In unserem Mannheimer Schwefelblatt lesen wir diese beherzigenswerte Epistel:

Die Frage der Vorratsversicherung an Lebensmitteln ist im Kriege eine der dringendsten. Ob eine Ware reell bezahlt werden muß oder mit Bucherpreisen, es ändert beides nichts am Vorrat derselben. Ist die Ware sehr teuer, so kann sie natürlich nur von den besserstehenden Leuten gekauft werden, ist sie preiswert zu haben, dann kommt sie auch den unteren Volksschichten zugute.

Die Sozialdemokratie kämpfte deshalb sofort mit dem Beginn des Krieges für eine umfassende Vorratsversicherung aller Lebensmittel und für eine gerechte Verteilung derselben durch die staatlichen und gemeindlichen Behörden. Nur für das Brotgetreide und später für die Kartoffeln entschloß sich jedoch die Reichsregierung zu solchen Maßnahmen. Erst als es mit den verschiedenen Lebensmitteln anfang, knapp zu werden, wurde für solche Maßnahmen überlegt. Bis zum Jahre gerichter Verteilung durchgeführt. Damit soll verhindert werden, daß die unteren Volksschichten ohne Lebensmittel bleiben. Denn wenn das einträte, dann wäre die Revolte fertig.

Neben der Sicherung des Vorrates spielt für das Volk aber auch der Preis der Lebensmittel eine gewichtige Rolle. Der Preisstreiber wurde leider immer erst dann entgegen getreten, als es zu spät war. Es mußte deshalb versucht werden, diese Preise herabzudrücken. Bisherige Mittel wurden zur Erreichung dieses Zieles in Anwendung gebracht. Städtischer Ein- und Verkauf von Lebensmitteln, Preisfestsetzungen, Preiskontrollen und dergleichen Dinge mehr. Die Reichs- und Landesbehörden erließen hierfür viele und auch scharfe Verordnungen und Gesetze — zum Schutze des Publikums gegen tumberische Ausbeutung.

Das liebe Publikum aber schimpft zwar sehr über die hohen Preise für Lebensmittel, es zahlt jedoch jeden geforderten Preis. Es überzahlt die Höchstpreise und macht sich sogar noch strafbar mit jenen Händlern, die ihre Schäfflein in aller Seckerruhe scheren.

Ein Teil des Publikums tut das in klarem Bewußtsein der Konsequenz seines Handelns. Ob der Nachbar Butter hat, das hört viele der christlichen Mitmenschen nicht. Wenn nur sie haben. Sie bieten den Butterverkäufern Trinkgelder verschiedener Art, nur damit sie regelmäßig Butter erhalten. Andere lassen sich, um sicher zu gehen, Butter in Postkasson von den Molkereien schicken. Ein Teil der Milch geht heute noch genau so wie früher in die Mägen der reichen Leute, während andere Leute nur ihre Pflichten oder manchmal gar keine Milch erhalten. Ob der Preis, wie hochgehoben, verkauft wird, das hört diese Herrschaften auch nicht. Sie hamstern ein, woher sie nur können und zu jedem Preis. Werden diesen „Heimkämpfern“ ihre Quanten vor gemessen, dann, ja dann werden sie sehr böse auf die Behörden. Man solle den Händlern die geforderten Preise zahlen, nachher gäbe es Lebensmittel genug, sagen sie in ihrer grenzenlosen Borniertheit.

Der andere Teil des Publikums und zwar derjenige, der das Geld nicht mit vollem Sinne ausgeben kann, kündigt auch nicht minder scharf. Er kündigt sich zu wenig um die behördlichen Anordnungen und läuft den unrettbar arbeitenden Geschäftsleuten gar zu willig ins Garn. Stellen die einzelnen Glieder dieses Teiles Gefährdungen fest, dann erheben sie nicht, wie es sich gehört, Anklagen. Voller Ärger laufen sie umher, schimpfen recht kräftig und trösten sich, wenn sie sehen, daß es anderen von ihresgleichen auch so ergeht. Dieses Verhalten ist so falsch wie jenes der Hamsterer, die nur sich und sonst nichts kennen. In dem einen wie in dem anderen Falle trägt das Verhalten zur immer weiteren Verschlechterung der Geschäftsverhältnisse bei, die freilich ihren Ursprung in wachsendem Mangel an verschiedenen (nicht an allen) Lebensmitteln haben.

Soll das besser werden, dann ist es allerhöchste Zeit, wenn das Publikum ein anderes Verhalten an den Tag legt und nicht mehr so faul und gleichgültig in den Tag hinguckt. Was nützen alle Maßnahmen, wenn sich niemand um die Kontrolle derselben kümmert?

Schweinefleisch-Höchstpreise. Es wird auf die im Anhangenteil erlassene Bekanntmachung betr. Höchstpreise für Schweinefleisch aufmerksam gemacht, die sich im wesentlichen den Frankfurter Höchstpreisen anschließen. Nur für geringwertige Wurstorten und Wurstfett sind mit Rücksicht auf die mangelnde Bevölkerung niedrigere Preise wie in Frankfurt festgesetzt worden.

Scharfschießen. Am 12., 13., 17., 18., 19., 20., 24., 25., 26. und 31. Januar 1916 findet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr im „Hahngrund“ Scharfschießen statt. Es wird gesperrt: sämtliches Gelände einschließlich der Wege und Straßen, das von folgender Grenze umgeben wird: Friedrich-Rönig-Weg — Idheimer Straße — Trompeterstraße — Weg hinter der Remontiererei (bis zum Kesselbockst) — Weg Kesselbockst — Fischgründ zur Platter Straße — Zerkelgrabenweg bis zur Reichswaldstraße. Die vorgenannten Wege und Straßen, mit Ausnahme der innerhalb des abgesperrten Geländes befindlichen, gehören nicht zum Gefahrenbereich und sind für den Verkehr freigegeben. Jagdschloß Platte kann auf diesen Wegen gefahrlos erreicht werden. Vor dem Betreten des abgesperrten Geländes wird wegen der damit verbundenen Lebensgefahr gewarnt. Das Betreten des Schießplatzes Hahngrund an den Tagen, an denen nicht geschossen wird, wird wegen Schmutz der Grasnarbe ebenfalls verboten.

In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelstraße 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 Pfennig an freundliche und reichliche Unterkunft finden. Einzelzimmer kosten mit 1.50 Mark, Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 Pfennig zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Oberer Bahnhof. Aufmerksam von jedem dieser Bahnhöfe eine Gruppe Bierstube. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshaus hin.

Verfälschung von Kunstbärgen. Die Bestellungen und Bestellungen von Kunstbärgen sollten im Monat Januar in möglichst frühem Umfang erfolgen, da die verfügbaren Eisenbahnwagen von Anfang Februar wieder durch andere dringlichere Sendungen stark in Anspruch genommen werden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbaden, 14. Jan. (Sozialdemokratischer Wahlverein.) Achtung! Samstag abend 8 1/2 Uhr findet im „Kaiser Adolf“ Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreisversammlung am Sonntag den 23. Januar in Wiesbaden und Wahl der Delegierten. Parteiangelegenheiten. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Wiesbaden, 14. Jan. (Familienversicherung.) Mittwoch den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiser Adolf“ die Generalversammlung der Familienversicherung statt. Infolge Ummänderung der Satzungen nach der neuen Reichsversicherungsordnung ist zahlreicher Besuch der Mitglieder erwünscht.

Aus den umliegenden Kreisen.

Aus dem Hanauer Stadtparlament.

Reich an Ueberraschungen war die erste Sitzung der Hanauer Stadtparlament im neuen Jahre. Stadtvorstand Philipp Lehnte trotz allen guten Zuredens die auf ihn gefallene Wahl zum zweiten Vorsitzenden ab, und Genosse Dr. Wagner wurde einstimmig in die Stadtparlamentation gewählt. Bisher lehnten die bürgerlichen Vertreter eine sozialdemokratische Vertretung in der Stadtparlamentation konsequent ab. Insbesondere war es der frühere Stadtvorstand Schwabe, der als Wortführer der bürgerlichen Mehrheit dringend von der Wahl von Sozialdemokraten in die Stadtparlamentation abriet.

Vorsitzer Justizrat Ullrich begrüßte die ziemlich zahlreich anwesenden Stadtparlamentarier mit herzlichem Worten. Einen warmen Nachruf widmete er dem verstorbenen Stadtvorstand Dr. Rüdiger. Zur Ehrung des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Die neuereitenden Stadtvorstände forderte der Vorsitzende zur freudigen Mitarbeit auf. Große Aufgaben und Vorlagen barren im Interesse der Stadt und der Bevölkerung ihrer Erledigung. In erster Linie sei es der Vertrag mit dem Staat bezüglich der Abgabe von Elektrizität, der im Laufe des Jahres zum Abschluß kommen müsse. Endlich das große Projekt des Hofensaumes mit all seinen Fragen direkter und indirekter Art, das ebenfalls seiner baldigen Erledigung harre.

Stadtvorstand Bernges referierte dann über die Wahlvorschläge für das Bureau und die Kommissionen. Als ersten Vorsitzenden schlägt der Wahlvorschlag den bisherigen Vorsitzenden, Justizrat Ullrich, einstimmig vor. Herr Justizrat Ullrich wurde darauf mit allen anwesenden 22 Stimmen zum ersten Vorsitzenden für die nächsten zwei Jahre gewählt. Der zweite Vorsitzende, Kaufmann Schroeder, der das Amt seit 12 Jahren versieht, lehnte eine Wiederwahl ab; an seiner Stelle wurde der Zigarrenfabrikant Philipp mit 20 Stimmen gewählt. Herr Philipp lehnte aber, wie oben erwähnt, vor wie nach seiner Wahl das Amt des zweiten Vorsitzenden ab. Dazob allgemeines Kopfschütteln bei der bürgerlichen Mehrheit. Auf den Genossen Ullrich, der von unserer Fraktion in Vorschlag gebracht wurde, entfielen 9 Stimmen. Die Herren trieben hier einfach konsequente Klassenpolitik; sie ließen die Gründe des Genossen Ullrich nicht gelten, der hervorhob, daß der sozialdemokratischen Fraktion als Vertreterin der großen Mehrheit der Hanauer Bevölkerung eine Vertretung im Bureau der Stadtvorstandversammlung zukomme. Zu zwei bürgerliche Vertreter stimmten für unseren Genossen. Je nur zwei bürgerliche Vertreter stimmten für unseren Genossen. Je Schröder, und ein Zettel wurde weiß abgegeben. Zum ersten Schriftführer wurde H. Müller mit 20 Stimmen gewählt; das gleiche Resultat zeugte die Wahl des zweiten Schriftführers. Hier wurde Stadtvorstand Ullrich wiedergewählt. Drei Zettel waren unbeschrieben. Als Armenpfleger wurden gewählt Zigarrenfabrikant Schleider und Weinbändler Jost.

Angenommen wurden die Vermächtnisse der Witwe Josef Wally, Helene, geb. v. Pommer-Esche, in Höhe von 50 000 und 8000 Mark. Die Zinsen der beiden Vermächtnisse sollen gemäß dem Vorschlag der Armenkommission außerhalb der öffentlichen Armenpflege für unheimliche Kranke, deren Verpflegung innerhalb und außerhalb der beiden Anstalten (Disinstitutions- und katholische barmherzige Schwestern) notwendig wird, verwendet werden. Die Inspektion der Eisenbahnpolizei hat dem Magistrat wegen der bewilligten Gelder für Liebesgaben für die Eisenbahnpolizei mitgeteilt, daß bei dem Einkauf der Liebesgaben die Hanauer Gewerbetreibenden in vollem Maße berücksichtigt worden sind.

Ueber die Erhöhung des Preises für die Säuglingsmilch auf 28 Pfennig pro Liter ab 1. Januar 1916 referierte Stadtvorstand Dr. Wagner. Der bisherige Preis, Oberamtmann Schwarz auf dem Ringelheimer Hof, betrug 20 Pfennig mehr pro Liter. Redner ersucht, im Interesse der Säuglinge dem Antrag des Magistrats und Finanzausschusses zuzustimmen.

Stadtvorstand Dr. Ambrosius lehnt diesen Antrag ab. Er hält die Trockenfütterungsmilch für die Säuglinge nicht nötig. Die Vollmilch sei ein gleichwertiger Ersatz. Man dürfe auch der Hanauer Bürgerschaft solche Opfer nicht aufbürden. Die Ausgaben für Säuglingsmilch liegen durch die erhöhten Kosten von 16 000 auf 24 000 Mark. Er beruft sich auf ärztliche Autoritäten und auf Erfolge in bezug auf die vegetarische Lebensweise. Er schlägt vor, den Säuglingen in den ersten drei Monaten von dieser Trockenfütterungsmilch ein Liter und dann nur noch vier Fünftel Liter zu gewähren.

Stadtvorstand Wagner ist außerordentlich überrascht von den Ausführungen des Vordröner. Herr Dr. Ambrosius scheint, so meint Redner, von seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung in bezug auf die Vollmilch selbst nicht so durchdrungen zu sein. Die Gesundheitslehre zeigt uns ganz andere Wege und Vöhen. Der Verlust an Menschenleben ist während des Krieges außerordentlich groß. Der Rückgang der Geburtenzahl ist die notwendige Folge. Mit der Gewährung von Säuglingsmilch haben wir zweifellos in den letzten Jahren, wie die Statistiken beweisen, der Kindersterblichkeit in unserer Stadt gesteuert. Die vegetarischen Ergebnisse können wir hier unter keinen Umständen gelten lassen.

Der Oberbürgermeister und Stadtvorstand Bernges stimmen dem zu.

Die Stadtvorstand Dr. Busch und Dr. Rüdiger bemängeln die aufgestellten Festsetzungen für die Trockenfütterung des Oberamtmanns Schwarz. — Es kommt zu ziemlich scharfen Kontroversen zwischen Dr. Rüdiger und dem Oberbürgermeister wegen Verfolgung eines Sachverständigen. Dr. Rüdiger verpflichtet sich schließlich, einen unparteiischen Sachverständigen zu benennen, der sich einwandfrei über die durch den Oberamtmann Schwarz angelegten Festsetzungen der Futtermittel äußern werde.

Gegen die Stimmen der Stadtvorstände Dr. Rüdiger und Hofschneidermeister Reinhardt wurde darauf der Antrag des Magistrats und Finanzausschusses angenommen. In zwei Monaten soll die Sache weiter beraten werden; Dr. Ambrosius will bis

dahin einen entsprechenden Antrag und ein Gutachten beim Magistrat einreichen.

Bei Feststellung der Rechnung der gewerblichen Fortbildungsschule kommt Stadtvorstand Reinhardt auf die traurige Lage des Handwerks zu sprechen. Er ersucht, die Handwerker nicht gleich zu strafen, wenn sie ihre Lehrlinge nicht zur Fortbildungsschule schicken und vergessen, sofort eine Entschuldigung zu schreiben. Er habe hier einen Strafgeld von 30 Mark zur Hand, den ein Handwerker erhielt, weil er keine Entschuldigung für das Fernbleiben seines Lehrlingen beibrachte. Reichstagsabgeordneter Hoff habe selbst in einer Rede erklärt, daß das Handwerk in der jetzigen Kriegszeit schwer zu leiden habe. Im Interesse des Handwerks solle man mit solchen Geldstrafen nicht kommen. Er hoffe von dem Herrn Oberbürgermeister bestimmt, daß er in diesem Falle Milde walten lasse und die Strafe erlasse.

Stadtvorstand Dr. Wagner stimmt dem Vordröner in bezug auf die traurige Lage des Handwerks zu, aber die Lehrlinge müssen unter allen Umständen in die Fortbildungsschule geschickt werden. Tüchtige Qualitätsarbeiter während des Krieges heranzubilden, sei gerade Pflicht der Fortbildungsschule, und die Schuld an unterlassen sei nicht nur vornehmliche Pflicht der Stadtvorstandversammlung, sondern auch der Handwerker.

Die Rechnung der Fortbildungsschule schließt in Einnahme mit 21 470.90 Mark, in Ausgabe mit 78 288.51 Mark ab. Der Aufschuß beträgt 56 818.61 Mark, davon der Staatszuschuß 18 000 Mark.

Die städtische Sparkasse schließt in Einnahme mit 8 508 806.61 Mark, in Ausgabe mit 8 543 788.27 Mark, Bestand 25 152.53 Mark. — Die Einnahmen der Wanderarbeitskassen betragen 16 701.41 Mark, die Ausgaben 16 219.48 Mark, Bestand 481.93 Mark. — Die Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Betriebswerke betragen in Einnahmen und Ausgaben 49 490.23 Mark.

Rechenheim, 13. Jan. (Töblicher Unfall in den Farbmwerken.) Auf bis jetzt noch nicht geklärt Weise kam der etwa 35 jährige Fabrikarbeiter Herr. Rehring, hier wohnhaft, in die Transmission eines Mischwerks, die ihn mit furchtbarem Wucht herumschleuderte und dem Unglücklichen den Schädel zertrümmerte. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.

Aus dem Taunus, 13. Jan. (Starkes Fernsehen.) Die Seismographen der v. Reinach'schen Erdbemerkungsstationen heute morgen zwei starke Fernbeben in kurzem Zeitabstand, die offenbar demselben 8400 bis 8700 Kilometer entfernten Herd angehören. Der erste Einbruch des ersten Bebens erfolgte um 7 Uhr 28 Min. 34 Sek. mitteleuropäische Zeit, der des zweiten, beträchtlich heftigeren, um 9 Uhr 40 Min. 45 Sek. mitteleuropäischer Zeit. Die Bewegung der Instrumente erlosch erst gegen 1 Uhr nachmittags.

Aus Rurhellen, 13. Jan. (Ein „patriotischer“ Landwirt.) In Vodes beschlagnahmte die Polizei bei einem Bauern 50 Zentner Getreide, die nicht angemeldet waren. Das Korn verfiel dem Staat, der Bauer erhielt eine hohe Geldstrafe.

Wetzlar, 13. Jan. (Brand.) In Wetzlar wurde in der vergangenen Nacht der Hof des Landwirts Ferdinand Rees samt allen Vorräten durch ein Großfeuer eingeschmelt. Der Schaden ist erheblich, da der Besitzer nur teilweise versichert hatte.

Hersborn, 13. Jan. (Verhaftung einer Einbrecherbande.) Eine Einbrecherbande, die seit Wochen die Umgebung unsicher machte und zahlreiche Einbrüche verübte, wurde in fünf 17-18 jährigen Burschen ermittelt und verhaftet. Die Gesellschaft benutzte einen alten Wasserleitungsstollen als Aufbahrungsort der gestohlenen Sachen. Zuletzt räumten die Burschen das Haus des Professors Coeser bei Sinn aus. Dieser Einbruch führte auf die Spur der jugendlichen Einbrecher. Das Diebstahlsverbrechen enthielt eine Unmenge gestohlener Sachen aller Art.

Aus Frankfurt a. M.

Soziale Kriegsarbeit.

Die Vortragsabende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins über soziale Kriegsarbeit wurden gestern abend eingeleitet durch einen Vortrag von Bürgermeister Dr. Luppe über: „Volkswirtschaft im Krieg und Frieden“ und einen von Direktor Dr. Polligkeit über: „Wohlfahrtpflege im Krieg und Frieden“. Sie brachten, wie nicht anders zu erwarten war, nur eine ganz allgemeine Uebersicht über die Vorgänge auf beiden Gebieten während des Krieges, und sie brachten auch im wesentlichen nur die Mißstände, die man aus der bürgerlichen Presse längst zur Genüge gewöhnt ist.

Der erste Vortrag war seinem Inhalte nach auf die Frage zugeschnitten: Was unsere Volkswirtschaft auf den Krieg vorbereitet, und was sie in der Lage, sich möglichst reich zu finden? Die Antwort lag die Tatsache, daß Englands Erwartungen, wir würden rasch zu Ende sein mit unseren Menschen, Rohstoffen, Lebensmitteln und unserer finanziellen Kraft, völlig unzutreffend geworden seien. Wirklich ist unser Menschenmaterial noch nicht erschöpft, wir brauchen die Grenze noch nicht über 45 Jahre hinauszurücken. Es sind auch genug Menschen für die Volkswirtschaft da. Anfangs hatten wir zuviel, als sich aber die Verhältnisse umkehrten, sind in Industrie, Handel, Verkehr ufm. die Frauen in die Bresche gesprungen und haben Großartiges geleistet; auch für weiterhin haben wir noch Frauen genug, die wir mobilisieren könnten. Auch unsere sanitären Einrichtungen haben zur Erhaltung unserer Menschenreserven Eminentes geleistet. Daß wir finanziell den Krieg so lange ausgehalten und noch länger durchhalten würden, haben wir selbst nicht gedacht; daß es aber geschehen konnte, das sei der vornehmen Tätigkeit der Reichsbank während der letzten zwei Jahre vor dem Krisis zu danken. (1 1/2 Milliarden Gold bei Ausbruch des Krieges!). Die Kreditbeschaffung mit Hilfe der Darlehnskassen, Ausgestaltung des Arbeitsnachweises, Arbeitsbeschaffung vor allem durch den gesteigerten Kriegsbedarf und Entlastung der Wirtschaft durch den Kriegsbedarf, schließlich das Unterhaltungsweien bewirkten, daß auch die einzelnen finanziell durchhalten konnten. Auch in der Beschaffung von Kriegsmaterial, Rohstoffen und Lebensmitteln haben wir die Hauptleistung der Engländer entzündet: durch Einfuhr aus neutralen Ländern, Bedarfs-einrichtung, Schaffung von Ersatz für die verbrauchten. Das schwerste Problem sei die rechte Verteilung unter richtiger Besthaltung der Preise gewesen, die im großen und ganzen als gelöst betrachtet werden könne. (?? Red. d. B.)

Erfreulich war die ablehnende Haltung des Referenten gegen den Gedanken des wirtschaftlichen Abchlusses gegen das Ausland, vor allem das feindliche Ausland; das sei kein gesunder Weg, unsere Wirtschaft zu fördern und würde eine totale Verchristung und Umbildung unserer ganzen Wirtschaft bedeuten.

War auch unsere Wirtschaft nicht durch den Krieg vorbereitet, so war sie doch außerordentlich schnell in der Lage, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Diese Tatsache sollte man doch auch bei der Frage unserer künftigen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgestaltung im Auge behalten!

Auch der zweite Referent stellte hinsichtlich der Wohlfahrtspflege fest, daß sie nicht auf den Krieg vorbereitet war, noch weniger als die Wirtschaft. Das sei ein Zeichen der außerordentlichen Friedfertigkeit Deutschlands. Alle Erfahrungen des Krieges 1870/71 seien in Vergessenheit geraten gewesen, die Vorbedingungen einer richtigen Mobilmachung hätten völlig gefehlt, so daß es anfangs nicht möglich gewesen sei, die 1000 freiwilligen Hilfskräfte, die sich zur Verfügung gestellt, nutzbar zu machen.

Die wichtigste Frage, die jetzt schon die Wohlfahrtspflege beschäftigen müsse, sei die: Was hat nach dem Kriege auf diesem Gebiete zu geschehen? Wenn auch die öffentliche Wohlfahrtspflege nach dem Kriege die Hauptlasten zu tragen haben werde, so sei doch ein enges Zusammengehen von öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege ein Gebot unbedingter Notwendigkeit.

Sportliche Veranstaltungen.

L. B. „Die Naturfreunde“, O. B. Frankfurt a. M. Sonntag, 16. Jan.: Cronberg-Reichenbachtal-Fuchstein-Rotes Kreuz-Baden-Werbelkopf-Schugbütte. Abf. 6.07 Uhr Hauptbahnhof. Die Jahresversammlung findet am Donnerstag abend halb 9 Uhr bei Kiefer Patt.

Briefkasten der Redaktion.

Landwehrmann H. E. Der staatliche Unterstützungssatz beträgt für die Frau 15 Mark und für jedes Kind 7,50 Mark, nicht 9 Mark, wie gestern fälschlich im Briefkasten mitgeteilt wurde.

Berichtsaal.

Schwurgericht.

Konkursverfahren. Ich bin ein Opfer des Krieges. Ich mache keinen guten Konkurs, andere Leute verstehen das besser“, erwiderte die Ehefrau Margarete Klippel, nachdem am 25. März über das auf ihren Namen gehende, seit 1909 in Hübelsheim betriebene Puh- und Modewarengeschäft der Konkurs verhängt worden war, auf die Ermahnung des Konkursverwalters, seine Vermögensstücke zu verheimlichen. Die Frau hatte recht, das Weitemachen muß man verstehen. Sie und ihr Ehemann, der Mechaniker Emil Klippel, hatten es zu ungeschick gemacht, deshalb zappelten sie auf einmal in den Mäusen des Gesetzes, durch die große, wirkliche Banen mühselos durchschliefen. Der Konkursverwalter stellte bei der Eröffnung des Konkurses 16 400 Mark Passiva bei 8000 Mark Aktiven fest. Zu den Aktiven kamen noch für 2000 Mark Waren, die auf einen anonymen Brief im Juni bei Verwandten der Klippels beschlagnahmt wurden. In der Beiseitehaltung dieser Waren, die im Februar, zu einer Zeit, wo die Eheleute Klippel nach der Anlage schon zahlungsunfähig waren und ihre Zahlungsunfähigkeit kennen mußten erfolgt war, wurde das Konkursverfahren eröffnet, über das zwei Tage am Schwurgericht verhandelt wurde. Neben dem Eheleuten Klippel, die wegen betrügerischen Bankrotts bezugswahlweise dazu angeklagt waren, sah der Kassenbote Heinrich Wahl wegen Beihilfe. Die Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Sermann Stern und Max Stroinsky, griffen die Schuldfragen mit Erfolg an bei der Ehefrau Klippel und bei Wahl. Beide wurden freigesprochen. Der Ehemann Wahl wurde schuldig gefunden, im Interesse eines Schuldners (seiner Ehefrau), über dessen Vermögens das Konkursverfahren eröffnet worden ist, Vermögensstücke beiseite geschafft zu haben, doch wurden ihm mildernde Umstände ausgebilligt. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Jan.

Herrenhaus.

In der heutigen Sitzung wird an Stelle des verstorbenen Prääsidenten v. Wedel Graf zu Arnim-Bohlenburg als Präsident gewählt. Er spricht die Hoffnung aus, in diesem Weltbrand werde das deutsche Volk sich von fremdlandischen Schloten befreien und erstarren. Weiter werden gewählt: zum ersten Vizepräsidenten Oberbürgermeister a. D. Becker (Ahn), zum zweiten Vizepräsidenten Herr Salin-Salm.

Abgeordnetenhaus.

Abg. Graf Sömerin-Löwis übernimmt als Präsident der vorigen Session den Vorsitz. In einer Ansprache sagt er: Das Band, das in der letzten Jahre Mut und Eifer um das Deutsche Reich und seine Verbündeten geschmiebelt haben, wird sobald keine Macht der Erde wieder zerreissen. Dieser harte Wiedergeburt wird vielleicht einmal als das weltgeschichtlich bedeutendste Ergebnis dieses gewaltigen Völkerringens gelten. Mit dem Dank an die tapferen Truppen spricht er als aller Entschluß aus, den Kampf zum guten Ende zu führen.

Der preussische Etat.

Finanzminister Dr. Lenge hebt hervor, daß der Einfluß des Krieges auf das Wirtschaftsleben nötige, beträchtliche Summen

dem Ausgleichsfonds zu entnehmen, um die Rechnung der Eisenbahnen ins Gleichgewicht zu bringen. Der Etat balanciert in sich, ohne eine Fehlbetragskonto vorzulegen, mit 4 810 431 641 Mark, also mit 5 922 288 Mark weniger als im Vorjahre. Nichtsdestoweniger ist nicht damit zu rechnen, daß auch die Wirtschaft so ausfallen wird, selbst wenn wir tatsächlich wieder Frieden haben sollten. Auch die Staatswirtschaft wird lange Zeit draussen, ehe sie sich wieder im Gleichgewicht befindet wird. In geradezu bewundernswürdiger Weise hat sich die Reorientierung von Handel und Industrie vollzogen. (Beispi.) Kamentlich der Kriegsbedarf war dabei maßgebend. Und noch niemand, wir waren auf uns ganz allein gestellt und mühten uns selbst helfen. Dadurch haben wir auch

vielen tausend Millionen Mark dem Lande erhalten, während unsere Feinde sie an das Ausland abgeben mußten. Die Reordnung konnte nicht ohne oberrichtliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und die Wirtschaft des einzelnen konstatieren gehen. Nur das Wohl des Ganzen durfte die Richtschnur sein. Neben der Brotversorgung ist auch der Kartoffelverkauf Gegenstand der oberrichtlichen Reglementierung geworden. Noch viel schwieriger gestaltet sich die Versorgungsfrage auf dem Gebiete der Futtermittel. Zahlreiche Landwirte waren und sind genötigt, die von ihnen selbst erzeugten Kraftfuttermittel an die Allgemeinheit zu festgesetzten Höchstpreisen abzugeben und das für die eigene Viehzucht erforderliche Kraftfutter zu höheren und kaum erträglichen Preisen zu kaufen. Dieser schwierigen Lage gegenüber ist die Staatsregierung bemüht, zu helfen, soweit sie es vermag. Es steht zu hoffen, daß wir die Futtermittelfrage glücklich überwinden. Der Höchstpreis scheint bereits überschritten zu sein. Auch die Industrie hat empfindliche Eingriffe erfahren müssen. Auch hier gilt es, sich nach der Tede zu strecken und durchzuhalten bis zum Siege. Der Haushaltsplan für das Jahr 1914 war noch zu einer Zeit aufgestellt, wo niemand von und an einen Krieg dachte. Die Wirkungen des Krieges spiegeln sich deutlich in dem Ergebnis der Rechnung von 1914/15 wider. Der günstige Abschluß des Voranschlags veränderte sich in einen

Fehlbetrag von 116 Millionen Mark beim Staatshaushalt und bei der Eisenbahn.

Das Staatsministerium hat sich daher entschlossen, schon während des Krieges zu einer Abbildung des Fehlbeitrages eine Erhöhung der Einnahmen um 100 Millionen Mark durch eine stärkere Anspannung der direkten Steuern im Wege einer

herbeizuführen. Auch England hat sich bei allen Kriegen die es geführt hat, niemals getraut, die Gesundheit der Staatsfinanzen durch neue Steuern während des Krieges anstrengt zu erhalten. Dies hat sich, wie die Geschichte lehrt, stets gelohnt. Das Gesetz soll für die Dauer des Krieges gelten und mit dem ersten Friedensschluß nach dem Friedensschluß mit den Großmächten von selbst außer Kraft treten. Wichtig die Steuerzuschläge sind erhöht, sonst sind alle Bestimmungen unverändert geblieben. Die neuen Steuerzuschläge sind zu 100 Prozent, daß bei den kleineren Einnahmen bis zu 4000 Mark die Steuerzuschläge der Novelle von 1909 bestehen bleiben und von dieser Stufe ab an ihre Stelle progressiv steigende höhere Zuschläge treten, die bei physischen Personen bei Einnahmen von 2400 Mark 8 Prozent und bei Einnahmen von 100 000 Mark und mehr 100 Prozent des ursprünglichen Steuerfußes ausmachen. Von den letztgenannten Einnahmen ist also, da die ursprüngliche Einkommensteuer 4 Prozent des Einkommens betrug, eine Steuer von 8 Prozent zu entrichten. Die Freilassung der Einkommensstufen unter 2400 Mark von der Erhöhung der Zuschläge entspricht der heutigen außergewöhnlichen Linderung der Lebensbedürfnisse. Die Steuerzuschläge für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und für die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und Berggesellschaften sind ebenfalls erhöht. Bei der Ergänzungsteuer ist der bisherige Zuschlag verdoppelt. Die Steuer beträgt fortan nicht mehr 66, sondern 80 Prozent pro 1000 Mark Vermögen.

Wie im vorigen Jahre, so hatte sich auch in diesem Jahre als notwendig erwiesen, der Staatsregierung im Etatsgesetz die Möglichkeit zu gewähren, durch

Erhebung von Schatzanweisungen.

die zur Bestreitung der Ausgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen, die Ermächtigung auf Erhebung von Schatzanweisungen bis zu 8 Milliarden Mark zu erstrecken. Der Redner sagt dann noch, daß weitere 110 Millionen Mark Gelder für Kriegswohlfahrtspflege angefordert werden. Für die Ausgaben sei der bewilligte Betrag von 400 Millionen bis auf knapp 50 Millionen ausgegeben. Circulärweise sind die in Folge des Aufsenfallens gebliebenen Citrulen zwischen zum größten Teil zurückgeführt und haben entschlossen Hand angelegt. Der letztere Resolution wird ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die zur Urbarmachung von Moor- und Heideländen unternommene Tätigkeit ist wesentlich erweitert und verstärkt worden.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist auch die Fürsorge für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger des Mittelstandes, die durch die Einberufung zum Heere ihre bisherige Existenz verloren haben. Die Durchführung soll in die Hand der Provinzen und Kreise gelegt werden und der Staat sich mit Geldbeiträgen beteiligen.

Die Hoffnungen unserer Feinde, mit denen sie sich jetzt selbst Mut zu machen und ihre bangen Zweifel zu unterdrücken suchen, halten vor der Wirklichkeit nicht stand. Wir sind Siegergewisser als je und sind entschlossen, den Krieg fortzuführen und alles zu tragen, bis sich unsere Feinde zu einem Frieden bequemen, der uns die dauernde Sicherheit dafür bietet, daß sie uns nicht noch einmal so überfallen können, wie vor 1 1/2 Jahren.

Damit schließt die Sitzung. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Wahl des Prääsidenten und des Schriftführer; Rechnungsablagen; erste Lesung des Etat und des Gesetzentwurfs wegen Erhöhung der Steuerzuschläge.)

Krieg und Internationale.

In der Wirnis dieser Zeit werden die Mitteilungen willkommen sein, die Guymans auf der Tagung der holländischen Sozialdemokratie machte, über die Bemühungen des internationalen sozialistischen Bureaus zur Herbeiführung einer sozialistischen Verständigung zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens. Es liegt darüber zunächst nur der Bericht der „Frankf. Ztg.“ vor, den wir hier wiedergeben:

Als der Krieg drohte und am 23. Juli 1914 das österreichische Ultimatum überreicht wurde, beschloß zwei Tage später der ausführende Ausschuß, sich mit Jaurès, Adler, Kollentubur und Baillant telegraphisch zu beraten, um sie zu fragen, ob das Bureau zusammenberufen werden solle. Am 26. Juli wurde einstimmig beschlossen, das Bureau einzuberufen, und am 29. Juli wurde der Beschluß gefaßt, die Aktion gegen den Krieg zu verstärken und die Heberweisung des serbisch-österreichischen Konfliktes an ein Schiedsgericht zu unterstützen. Gleichzeitig reisten die Abgeordneten Deutschlands und Frankreichs zurück mit dem Auftrag, in Berlin darauf zu dringen, daß sich die österreichische Regierung in ihren Forderungen mähige, und in Paris wiederum darauf zu dringen, daß Russland nicht an dem Konflikt teilnehme. Die englischen und italienischen Mitglieder erhielten den Auftrag, in Rom und London ihr Bestes zu tun, um diese Aktion zu unterstützen. Am Abend desselben Tages fand in Brüssel die bekannte große internationale Versammlung statt, auf der Jaurès zum letzten Male öffentlich sprach. Am Nachmittage des 31. Juli erhielt Guymans ein Telegramm aus Berlin, wonach sich Müller im Namen der Parteiverwaltung mit Guymans zu beraten wünschte. Abends 11 Uhr wurde telephonisch mitgeteilt, daß Jaurès ermordet worden sei. Am 1. August 5 Uhr morgens war Müller bei Guymans und dann reisten beide nach Paris und nach Rom wurde als Vorkonferenz mitgenommen. Es wurde eine Versammlung der französischen Fraktionsgenossen abgehalten. Die französischen Parteigenossen erklärten, im Falle, daß Frankreich angegriffen werde, würden sie

die Kriegskredite annehmen. Guymans' persönliche Meinung war, daß sich im Augenblick die deutsche Partei der Abstimmung enthalten sollte. Er fühlte, so sagte er, sehr die schwierige Lage der Deutschen, die auch später durch Vonderdelve anerkannt wurde. Nach seiner Auffassung mußte der russische Gefahr Rechnung getragen werden, nach der gewaltigen Propaganda, die die deutsche Sozialisten gegen das russische Regime geführt hatten.

Rum brach der Krieg aus und Belgien wurde trotz seines heroischen Widerstandes übermächtig, verwüstet und von der ganzen Welt abgegrenzt. Daß es für einen Belgier nicht immer angenehm war, gegenüber einem Sozialisten zu stehen, der die Kriegskredite angenommen hat, braucht nicht erst gesagt zu werden. Ich sah es jedoch als meine Pflicht an, mein Amt über mein Ober und meine Gefühle zu stellen und behauerte es nicht, als internationaler Sekretär aller angeschlossenen Parteien der ganzen Welt gewählt worden zu sein. Die belgische Delegation wollte nun nicht auch das Odium auf sich nehmen, von ihrem Vertrauensposten zurückzutreten, und nicht zweimal getroffen werden, einmal als Belgier und ein zweites Mal als Sozialdemokrat. Dieser Wunsch, die Exekutive in der Hand zu behalten, wurde dann den verschiedenen Ländern unterbreitet, und der Vorschlag wurde von allen Parteien gutgeheißen, mit Ausnahme Frankreichs, das sich der Stimmgabe enthielt, da Frankreich der Auffassung war, daß die Exekutive da zu bleiben habe, wo sie gewesen sei, nämlich in Brüssel. Trotz aller möglichen Klagen aber blieb das Bureau jetzt im Haag. Wie man weiß, versammelten sich die neutralen Sozialisten in Kopenhagen am 17. und 18. Januar, der Viererband in Februar und die Zentralmächte in Wien am 20. April 1915. Es wurden dann Beschlüsse gefaßt, die sicher nicht in allen Punkten miteinander übereinstimmen, aber in Kopenhagen sowohl wie in London und Wien haben die Sozialdemokraten ausgesprochen, daß alle Nationalitäten das Recht haben sollten, über sich selbst zu bestimmen. In Kopenhagen, London und Wien wurde ferner ein Beschluß allgemeiner Abrüstung gutgeheißen und in den drei Städten forderten die Sozialdemokraten die Demokratisierung der Diplomatie und die Ausbildung der parlamentarischen Kontrolle. Ferner haben sie sich in den drei Städten als Anhänger des obliquatorischen Schiedsgerichts für alle Konflikte bekannt.

Um nun zu einem praktischen Resultat zu kommen, wurde von geschlagen und auch durch die Exekutive gutgeheißen, daß die verschiedenen Delegationen einzeln nach dem Haag kommen sollten. Der Vorschlag stieß jedoch auf den Widerstand zweier Parteien. Belgien kam offiziell und letzte seinen Standpunkt dar, Deutschland kam zuerst offiziell, dann offiziell. Frankreich antwortete, daß die Entscheidung einer Delegation nach dem Haag als eine indirekte Unterhandlung mit Deutschland angesehen würde. Die Engländer waren anfänglich bereit zu kommen, die Ernennung Vonderdelves zum Minister verschiebte jedoch die englische Delegation, ihr Kommen zu vertagen. Nun sind die Engländer mehr für eine Konferenz in London, die auch vorbereitet wird. Wenn man aber die Erklärungen und Resolutionen vom August 1914 mit denen der letzten Tage vergleicht, dann scheint es doch so als ob vom sozialdemokratischen Gesichtspunkte aus betrachtet eine Annäherung stattgefunden habe.

Guymans sagt, es liege in der Macht des deutschen Sozialismus, den Zeitraum zu kürzen, in dem die internationale Sozialdemokratie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Aber um die Differenz in der Haltung der deutschen und französischen Sozialisten zu begreifen, ist es nötig, sich die Verschiedenheit der Bedürfnisse vor Augen zu führen. Deutschland kann den Frieden wünschen, denn es besitzt ein tiefes Hausgefühl. Frankreich dagegen kann nur den Frieden wünschen, wenn es sicher ist, nicht als besiegte Nation behandelt zu werden. Wie würde man in Deutschland gestimmt sein, wenn die französische Heere in Köln und die russische Heere bei Königsberg ständen? Auch sei der Einfluß der Sozialisten in den Ländern ganz verschieden. In England und in Frankreich besitze die arbeitende Klasse und die sozialistische Partei einen zielbewussten Einfluß, und es kann kaum irgend eine Entscheidung getroffen werden, die sich gegen den Willen der arbeitenden Klasse richtet. In Deutschland ist der Einfluß der Partei bei weitem geringer, und dort sieht man nicht Herrn von Bethmann Hollweg vor den Arbeitern erscheinen, so wie es Lloyd George in Glasgow getan hat. Versteht man jedoch die verschiedenen Resolutionen, so fühlt man, daß die größte Schwierigkeit durch das Problem Eisk-Bohringen hervorgerufen wird. Aber die Möglichkeit einer Mäßigung der Frage und einer Annäherung stellt sich offen, und wenn wir die Resolutionen der französischen sozialistischen Partei mit den Resolutionen der deutschen sogenannten sozialistischen Minderheit vergleichen, dann zeigt sich die Möglichkeit einer Annäherung noch klarer. In jedem Falle aber sei zu bemerken, daß die französische Partei zum ersten Male Bedingungen für eine Annäherung formuliert habe, und noch mehr, er persönlich habe den Eindruck, daß bereits verschiedene dieser Bedingungen zum Teile verwirklicht seien.

Wie jetzt habe dieser entsehlene Krieg seinen Zweck vollständig verfehlt. Dieses zweifelse Worden hat nur laut einer Auffassung des „Economist“ bis zum 31. Juli 1915 den kriegführenden Nationen 214 Milliarden Franken gekostet, wobei die Verluste durch Vernichtung von Städten und Dörfern nicht mitgerechnet sind und ebensowenig die Personen die an Invaliden, Witwen und Waisen ausgezahlt werden müssen, und hierzu kämen noch die Verluste, die von Tausenden und Zehntausenden von Ruinierten zu tragen seien. Die Anzahl der Toten und Gesamtzahlen die darunter sich auf etwa vier Millionen Menschen, und wenn man die anderen Bertundeten und die Vermissten noch mitrechnet, auf insgesamt 10 Millionen Menschen. Der Organismus, der im Jahre 1889 auf Vorbehalt der holländischen Delegation in Paris geschaffen sei, sei noch nicht, um seine Aufgabe zu erfüllen, die ihm durch die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel übertragen worden seien. Die Linien der politischen Bewegung gehen nicht in paralleler Richtung als Linien, die sich erst in der Unendlichkeit treffen, sondern sie laufen langsam in einer Richtung aufeinander zu und zwar in einer Richtung, die zur Wiederherstellung der Einheit des Proletariats der Welt führt, womit ein dauerhafter Friede garantiert werde. Die Ansichten dafür seien vielfältig. Überall höre man das Wort verkünden, daß die internationale eine Politik ausarbeiten müsse, die über den Heeren stände, eine Politik, die der Beweiser sein müsse für ein Zusammenleben, das nach einer Lösung laht. Am 17. Dezember schrieb Vonderdelve im englischen „Clarion“ einen Artikel, der in einer deutschen sympathischen Uebersetzung in der „Arbeiterzeitung“ wiedergegeben wurde. Er sagte: „Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, in dem die wahrhaft sozialistischen Elemente der Internationale sich verpflichtet halten und erklären, was sie über das eisk-Bohringens Problem und über die Unabhängigkeit oder Autonomie Bolens denken oder über die Mittel, um in Zukunft zu verhindern, daß imperialistische oder koloniale Eroberungslust neue Konflikte schaffen.“ Diese Worte betrautete der Redner als eine Einladung, auf die eine Antwort erfolgen müsse. Das Bureau wolle die Sozialisten der ganzen Welt zu einer Uebereinstimmung führen, daß, wenn der Krieg auch gegen den Willen der Sozialisten sei — die Friedensbedingungen dann doch herat seien, daß sie nicht wiederum in sich den Keim einer neuen Tragödie trügen.

Seute sein Wort zu den (von anderer Seite teilweise anders berichteten) Tatsachen und den Meinungen Guymans. Nur der dringende Wunsch sei ausgedrückt, er möge sagen, was der deutsche Sozialismus tun soll, was in seiner Macht liege, um die internationale Zusammenarbeit neu herbeizuführen. Guymans darf es schon glauben: die breiueren Massen der deutschen Arbeiter tragen Verlangen, das Mittel kennen zu lernen und, sofern es in ihrer Kraft liegt und nicht einseitig gegen Deutschland sich wenden würde, es anzuwenden.